

Thomas Meyer

Der Fortschritt und die Sozialdemokratie



Thomas Meyer

(* 1943) ist Professor (em.) für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Soziale Demokratie. Eine Einführung* und: *Was ist Fundamentalismus?*

thomas.meyer@fes.de

Das große Versprechen

Wer heute von Fortschritt spricht, darf von den Rückschritten und Katastrophen nicht schweigen, von denen die mehr als 200-jährige europäische Fortschrittsära immer auch geprägt war. Oft waren die großen sozialen und auch menschlichen Gewinne, die das Fortschrittsversprechen nicht nur verhieß, von denen wichtige Teile unbestreitbar auch eingelöst wurden, begleitet von Beraubungen und Verlusten. Die Geschichte des Fortschritts erwies sich als eine Geschichte voller tragischer Überraschungen. Die Dialektik der Aufklärung ist auch eine Dialektik des Fortschritts. Dieses Wissen einer durch und durch gemischten Bilanz schwingt im Fortschrittsbegriff bis heute unutilitar immer mit und zwar keineswegs allein in den gelehrten Diskursen, sondern in der Tiefe der Gesellschaftskultur selbst.

Fortschritt, ursprünglich keine Erfindung der Sozialdemokratie, war gleichwohl von Anbeginn ihr Lebensnerv und ihr Stolz. Er ist eine im Kern der Aufklärung wurzelnde Botschaft, die sich im 18. Jahrhundert Bahn brach und das 19. in vielfältigen Facetten beherrschte – von nahezu unbegrenzter Wissenschafts- und Technischeuphorie als Bürgerschaft nicht endender Reichtumsmehrung, der Gewissheit einer kommenden emanzipierten, gar erlösten Gesellschaft, bis hin zur voranschreitenden Perfektibilität des Menschen selbst, moralisch und in seinen übrigen Fähigkeiten. Zu seinen politischen Protagonisten wurden die beiden Kräfte, die sich in je eigener Weise als die historischen Erben der Aufklärung verstanden: der politische Liberalismus und die Sozialdemokratie. Zum Offenbarungstext der großen Idee wurde das von dem französischen Aufklärer Condorcet verfasste legendäre Fortschrittsbuch mit seinem Leitbegriff der Perfektibilität des Menschen. Die umfassende gesellschaftliche Einlösung der großen Verheißungspotenziale, die die Aufklärung formuliert hatte, galt ihm als ein linearer Prozess des stetigen Voranschreitens auf ganzer Linie. Die auf der modernen Naturwissenschaft beruhende industrielle Revolution gab diesem maßlosen Versprechen eine Art materielle Beglaubigung. Keine Verbesserung des Menschen und seiner Lebensbedingungen schien mehr unmöglich.

Liberalen und Sozialdemokraten sahen zwar eine gewisse Zwangsläufigkeit im Vollzug dieses Prozesses, aber in ihren Hauptströmen keinen Determinismus objektiv wirkender Kräfte. Es konnte nur der sich zunehmend aufklärende Mensch selber sein, der sich, seine Lebensverhältnisse, seine Arbeit, die Gesellschaft und den Staat beständig zum Besseren richtet.

Historische Weggabelung

Ein großer Unterschied trennte freilich zu allen Zeiten das Fortschrittsverständnis von Liberalen und Sozialdemokraten. Jene vertrauten einem libertären Programm des Laissez-faire als institutioneller Verfassung für Wirtschaft und Gesellschaft. Markt und Wettbewerb würden die unbegrenzte Entfaltung und gegenseitige Mehrung von Wissenschaft und Technik, Wachstum, Freiheit und Gerechtigkeit sichern. Und im Kern glauben sie und ihre ganzen oder halben Adepten das ja noch immer.

Weniger als ein halbes Jahrhundert nach Beginn der industriellen Revolution scheiterte dieses Programm an seinem Widerspruch. Sein allen gegebenes Versprechen und seine die Privilegien weniger sichernden Institutionen passten nicht zueinander. Selbstgesteuerte Märkte, der bloß formale Rechtsstaat, verstanden als »Nachwächterstaat«, kurzum: die libertäre Fortschrittsutopie, heute noch Programm des Neo-Liberalismus, produzierten krasse Ungleichheiten im großen Maßstab, die hartnäckige Aussperrung eines großen Teils der Gesellschaft von den Chancen der neuen Freiheiten und des neuen Reichtums und einen wie ein Verhängnis die Wirtschaft immer wieder an den Abgrund treibenden Krisenzyklus. Dieser »Fortschritt« war zu einem Eliteprojekt geschrumpft, zulasten der öffentlichen Interessen.

Kaum hatte sich das in der Mitte des 19. Jahrhunderts erwiesen, entwand die Arbeiterbewegung die Fortschritts-Stafette den Händen der gescheiterten Liberalen. Nicht die Fortschrittsidee selbst sei historisch widerlegt, sondern nur ein widersprüchlicher, von Besitzinteressen geblendeter Versuch ihrer Verwirklichung. Die Einlösung des universalistischen Fortschrittsversprechens, die freie Entfaltung selbstbestimmter Persönlichkeiten, verlangte die Gewährleistung der gesellschaftlichen Voraussetzungen gleicher Lebenschancen für alle, für ihre Teilhabe an Arbeit, Reichtum und am politischen Leben. Worauf es dafür nun ankam, war die Schaffung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Verhältnisse, die dieses Ziel einlösen konnten. Nur die Erweiterung der bürgerlichen und politischen zu sozialen und wirtschaftlichen Rechten kann die Gleichheit der Freiheit als Lebenswirklichkeit für alle verbürgen. Das verlangt die demokratisch soziale Gestaltung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Dass die ständige Vervollkommnung der Produktivkräfte, als linearer Fortschritt gedacht, die Voraussetzung erfolgreicher Naturbeherrschung und gesellschaftlichen Reichtums sei, also der Weg zu diesem Ziele, war mehr als ein Jahrhundert lang auch eine Gewissheit, die Sozialdemokraten und Liberale teilten.

»Nur die Erweiterung der bürgerlichen und politischen zu sozialen und wirtschaftlichen Rechten kann die Gleichheit der Freiheit als Lebenswirklichkeit für alle verbürgen.«

Die Namen des Fortschritts

Diese lineare Fortschrittsutopie zerschellte endgültig erst an den Umweltkatastrophen der 1970er Jahre. Seither wird in der Sozialdemokratie der Begriff Fortschritt anders dekliniert. Dass die jeweiligen Wege des Fortschritts nicht selbst das Ziel sind, war lange nicht allen Sozialdemokraten klar. Für ihre

Mehrheit und in den Programmen aber trugen die Ziele des Fortschritts immer eindeutige soziale und humane Namen: *Emanzipation* bzw. *gleiche Freiheit* bzw. *Gerechtigkeit* bzw. *solidarische Gesellschaft* bzw. *Demokratie als Lebensform*.

Wo wie im sozialdemokratischen Revisionismus der Glaube herrschte, der Weg sei selbst das Ziel, richtete er sich gerade gegen die falsche Verquickung dogmatisierter Wege und utopischer Ziele, vor allem die überschätzte Rolle von Sozialisierung und Planung. Der Fortschrittsweg müsse jederzeit die eigentlichen Ziele verkörpern: die gleiche Teilhabe aller am Wohlstand und an den Entscheidungen der Gemeinschaft. Es ist diese Position, die nach Jahrzehnten des Irrs und Wirrens in den Selbstverständnisdebatten heute Grundlage sozialdemokratischen Denkens und Handelns ist.

Die Unterminierung des Fortschrittsideals im 20. Jahrhundert

Das 20. Jahrhundert hat diese Fortschrittshoffnungen in den Fundamenten erschüttert. Zuerst der Schock der Zerstörung menschlicher Lebenswelten durch den frühen Industrialismus schon vor dem Ersten Weltkrieg, dann die beiden Weltkriege und das Entsetzen der Zivilisationsbrüche der faschistischen und der stalinistischen Barbarei. Und schließlich, seit den 70er Jahren, die Drohung ökologischer Selbstzerstörung der menschlichen Zivilisation. Danach konnte keine lineare Fortschrittshoffnung noch ernsthaftes Gehör erwarten.

»Das sozialdemokratische Fortschrittsverständnis wurde erst durch die ökologische Krise seit den 70er Jahren im Mark erschüttert.«

Das Fortschrittsversprechen selber wurde fragwürdig. Wie eine Schar Lemminge schienen die Gesellschaften der Industriegesellschaft zum Abgrund zu eilen.

Das sozialdemokratische Fortschrittsverständnis hatte all die vorangegangenen Generalangriffe schadlos überstanden – bis der letzte es dann doch im Mark erschütterte. Die radikale Industrie- und Stadtkritik um die Jahrhundertwende, dann der Weltkrieg, der große Teile der bürgerlichen Jugend in antiliberalen Bewegungen lockte, haben sie kaum berührt; das gilt auch noch für die prinzipielle Fortschrittsskepsis, die der Absturz der europäischen Zivilisation in die faschistische Barbarei der 30er und 40er Jahre auslöste. Die Sozialdemokraten wehrten diese Attacken mit dem Hinweis ab, dass die auslösenden Katastrophen sich ausschließlich der Vorherrschaft von Kräften, Verhältnissen und Institutionen verdankten, die sie selbst ja stets kompromisslos bekämpft hatten. Gegen all das war doch gerade ihr eigenes Fortschrittsversprechen gerichtet.

Erst die ökologische Krise seit den 70er Jahren erschütterte ihre Fortschrittsgewissheit. Denn sie entsprang ja nicht mehr nur aus einer falschen Wirtschaftsverfassung, sondern aus dem industrialistischen Kern der Moderne selbst, dem gerade die Sozialdemokraten allzeit enthusiastisch gehuldigt hatten. Dem Bloch'schen *Prinzip Hoffnung* (»Alles ist erreichbar«) folgte als Gegenschlag des Pendels Hans Jonas' *Prinzip Verantwortung* (»Wir dürfen nicht alles, was wir können«) als Leitidee.

Vorwärts zurück zum Fortschritt?

Das prägte als Stimmung und Horizont die unmittelbar folgende Programmatik. Sie war von Erhard Eppers markanter Formulierung bestimmt, dass allenfalls von der politisch gesteuerten Doppelbewegung aus Wachsen (des sozial und ökologisch Bekömmlichen) und Schrumpfen (nämlich des Unökologischen und Antihumanen) noch Fortschritte zu erwarten seien. Der bald nach der Verabschiedung des Berliner Programms von 1989 von »modernen« Sozialdemokraten erhobene Vorwurf, damit sei leider ein säuerlich fortschrittsfeindlicher Text zur Orientierung erkoren worden, mit dem sich weder Begeisterung wecken, noch eine wirtschaftsfreundliche Standortpolitik machen und schon gar keine Wahlen gewinnen ließen, entsprang zum guten Teil der Versuchung, in einer unübersichtlichen Welt nun der schönen Einfachheit halber der alten Fortschrittsbegeisterung noch einmal ein wenig Leben einzuhauchen.

Währenddessen blieb im gesellschaftlichen Bewusstsein freilich haften, dass der Fortschritt seine scheinbaren und wirklichen Errungenschaften überraschend in neue Bedrohungen verkehren und aus langen Erfolgsroutinen plötzlich existenzielle Gefahren hervor treiben kann. Das gilt nicht nur für die ökologische Selbstgefährdung der Zivilisation, sondern – wie wir heute mit merkwürdigem Erstaunen erleben – zunehmend auch für die Rückkehr polarisierender Ungleichheiten und neuer Klassenspaltungen in unserer Gesellschaft, eine geschichtsvergessene Anstiftung zum gesellschaftlichen Unfrieden, wie einige Vergleichsländer schon zeigen. Der Fortschritt bleibt also zweifelhaft und die Rückschritte sind eklatant.

»Der Fortschritt kann seine Errungenschaften in neue Bedrohungen verkehren und aus Erfolgsroutinen existenzielle Gefahren hervortreiben.«

Vielleicht hat das Ausbleiben einer öffentlichen Debatte, ja selbst einer gewissen gesellschaftlichen Neugier, die sich der SPD-Vorstand zu seinem Anfang 2011 vorgestellten Aktionsprogramm »Neuer Fortschritt« erhofft hatte, etwas mit dieser Ambivalenz zu tun. Präsentiert der Text doch durchaus einen passablen und konkreten Vorschlag, wie sich eine moderne Ökologie, eine zukunftsfähige Wachstums- und eine vorsorgende Sozialpolitik so zusammenführen lassen, dass bedeutende Fortschritte nachhaltiger Gerechtigkeit, individueller Lebensqualität und sozialer Sicherheit möglich werden. Freilich ist der sozialdemokratische Fortschrittsbegriff auch durch die Agenda-Politik belastet, die neben kleinen Fortschritten und unvermeidlichen Absicherungsreformen eben auch soziale Einschnitte an der Grenze des Zumutbaren brachte und Zweifel weckte, ob der Fortschritt als Ganzer dabei in den besten Händen war. Ein reflexiver, bescheidener Fortschrittsbegriff aber, wie er dem gegenwärtigen Projekt der Sozialdemokratie angemessen wäre, scheint nicht mehr als Selbstläufer öffentlicher Debatten zu taugen.

Zu bedenken ist im Übrigen ja auch Tony Judts Erinnerung, dass schon die Bewahrung des in Europa erkämpften hohen Sockels an sozialer Sicherung und Teilhabe heute eine bedeutende Leistung fortschrittlicher Politik wäre, auf die soziale Demokraten stolz sein können. Die Glaubwürdigkeit eines erneuerten sozialdemokratischen Fortschrittsversprechens wird sich letztlich aber wohl daran bemessen, was es zur Überwindung der überall auf der Welt und besonders bei uns selbst tief aufreißenden neuen Ungleichheiten, verbunden mit

existenzieller Unsicherheit für die vom Ausschluss Erfassten oder Bedrohten, eine Art Wiederkehr der Klassengesellschaft, beitragen wird. Das vor allem gehört zu einem nachhaltigen Wachstumsmodell, das humane Wohlstandsmehrung und nachhaltiges Wirtschaften unter dem Primat sozialer Gerechtigkeit miteinander verbindet.

Eine sozialdemokratische Politik, die heute den Anspruch wirklichen Fortschritts mit Aussicht auf öffentliche Resonanz erheben will, muss glaubwürdige Antworten auf vier Fragen geben, die unsere Gesellschaft aufwühlen:

Erstens: Wie gelingt uns eine nachhaltige Art des Wirtschaftens und der Energiesicherung ohne Wohlstandsverlust?

Zweitens: Wie bringen wir die zur Bedrohung der Weltgesellschaft gewordenen Finanzmärkte wieder unter die Kontrolle demokratischer Politik?

Drittens: Wie kann trotz Globalisierung und Verunsicherung durch beschleunigten Wandel menschliche und soziale Sicherheit gewährleistet werden?

Viertens: Wie können wir die wieder zunehmenden alten und neuen Ungleichheiten und die Tendenz der Rückkehr in die Klassengesellschaft durch eine Politik der sozialen Gerechtigkeit überwinden?

Nicht weniger als das kennzeichnet die Richtung, die eine sozialdemokratische Politik heute einschlagen muss, wenn sie Fortschritt glaubhaft versprechen will. Was aber wäre die zündende Formel dafür?

Die Sprache des Fortschritts

Selten gelingt der politischen Kommunikation das Kunststück, in einem einzigen Zauberwort ein ganzes Programm zu vergegenwärtigen und mit ihm einen Funken der Begeisterung oder wenigstens des Einverständnisses in der Gesellschaft zu zünden. Und das ist, wie die Losungsworte der Brandt-Ära – »Mehr Demokratie wagen« und »Entspannung« – zeigen, ohne Mut zur Kontroverse kaum zu haben. Vielleicht ist auch die Zeit, da den großen Zauberformeln vertraut wird, bei uns fürs Erste vorüber. Zu oft sind den großen Worten nur schwächliche, keine oder gar konträre Taten gefolgt. Übergreifende Ideen sind wohl nötig, um die einzelnen Politiken sinnvoll zu verbinden, aber sie wecken bei der zunehmenden Zahl skeptischerer Zeitgenossen oft den Eindruck bloßer Rhetorik, wenn nicht der Bemäntelung unentschlossener Politik oder gar der Austauschbarkeit wohlfeiler PR-Produkte.

In dieser Lage kommt es für die Glaubwürdigkeit vor allem darauf an, mit augenfälligen Lösungsvorschlägen dort anzuknüpfen, wo der Gesellschaft oder ihrem jeweils adressierten Teil der Schuh am meisten drückt. Die wenigen Grund-Themen, die das nahelegen, können, sobald die Sache selbst klar ist, mit einleuchtenden Richtungsbegriffen glaubhaft verbunden werden. Aber abstrakte Wertbegriffe über ein in sich unsortiertes komplexes Programm aus 1.000 Spiegelstrichen in der Erwartung zu setzen, das Publikum werde sich aufgrund der Attraktionskraft der Überschrift das Passende schon herauspicken, ist eine Strategie, die nach dem Ende der großen Ideologien nicht mehr verfängt.

Die Wirkungsgesetze der politischen Semantik folgen ihrer eigenen gesellschaftlichen Logik. Sie wird zwar von Medien und kommerziellen PR-Strategen kräftig mitgeprägt, aber nicht beherrscht. Sie ist sprunghaft und eigensinnig.

Die Breitenwirkung und der Erfolg von Begriffen und Sprachbildern wird auf schwer kalkulierbare Weise von Erfahrungen geprägt, älteren und frischen, guten und schlechten, von eingelösten und gebrochenen Versprechungen und der Glaubwürdigkeit der jeweiligen Sprecher. Der nervöse Drang von Parteistrategen, unter dem Einfluss der kurzen Aufmerksamkeitszyklen der Massenmedien und des sofortigen Erfolgszwangs Leitbegriffe, die nicht im Nu zünden, sogleich durch neue zu ersetzen, erzeugt eher Misstrauen als Neugier. Die ständige Suche ist freilich nicht unverständlich, denn viel spricht für Tony Judts Beobachtung, dass der sozialen Demokratie heute weniger die politischen Konzepte fehlen als eine zündende Sprache für ihre angesichts von Weltfinanzkrise und gesellschaftlicher Polarisierung immer aktueller werdende Botschaft.

Eine Sprache, die das vermag, eine Erzählung, »die die Massen ergreift«, mit samt einiger hervorleuchtender Signalbegriffe, ist kein bloßes Planungsprodukt, sie muss auch glücken. Das hängt außer von gesellschaftlichen Wahrnehmungen vor allem vom Zusammenwirken dreier heikler Faktoren ab: der erinnerten Leistungen der Sprecher, deren aktueller Glaubwürdigkeit und der Filterungspolitik der Massenmedien. Angesichts des medialen Wankelmuts und der zunehmenden Milieuzerklüftung der Gesellschaft wahrlich ein Kunststück. Hinzu kommt, dass heute alle politischen Großbegriffe, die als Kandidaten dafür in Frage kommen, auch von politischen Konkurrenten bemüht werden: die »gute«, »gerechte«, »anständige«, »faire« Gesellschaft, die »soziale Gerechtigkeit«, die »sozial ökologische Marktwirtschaft« und natürlich auch der »Fortschritt«. Das schließt nicht aus, dass es einer Partei gelingt, sich als Original zu präsentieren und die Konkurrenz als bloße Kopisten. Die Semantik des immer wieder »Neuen« jedenfalls scheint übernutzt und eher Misstrauen, wenn nicht gar Spott zu wecken.

Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit

Wahrscheinlich verspricht es unter diesen Umständen den größten Erfolg, gute Programme mit einer Mehrzahl von Begriffen zu benennen, die die zentralen Leitideen der sozialen Demokratie markieren, statt einem einzigen die ganze Last der Botschaft aufzubürden. Deren Beglaubigung kann nur aus einprägsamem symbolkräftigem Handeln kommen, in dem sich die Identität der Partei und ihrer Sprache verkörpert. Der Überzeugungsfunke muss von der wirklichen Politik auf die Symbole überspringen, nicht umgekehrt.

Vielleicht ist es der Dialektik des Fortschritts, um den es in der Sache weiterhin geht, bekömmlicher, von *Fortschritten* und von fortschrittlicher Politik statt von *dem* Fortschritt zu reden, als sehe man in ihm immer noch eine Art Subjekt der Geschichte. Das entspräche auch dem unbelasteten angelsächsischen *progressiv*. Es geht also auch künftig um humanen Fortschritt, wenn auch auf neuen Wegen.

Gewiss, der Fortschritt ist keine Schimäre, aber ein unberechenbarer Mutant. Ein Krebs, recht häufig, seitwärts und rückwärts unterwegs, mitunter aber auch, wie wir sahen, einem Schwarm Lemminge nicht unähnlich. Fortschrittliche Politik setzt mit Grass auf die Schnecke. Auch diese Gangart ist heute ein respektables Unterfangen, solange die Richtung stimmt und die Witterung nicht verlorene geht für das, was sich links und rechts des Weges womöglich an Unheil zusammenbraut. ■